



SITZUNGSVORLAGE

Nr. **1 8 - V - 5 1 - 0 0 2 4**

(Jahr-V-Amt-Nr.)

Betreff:

Dezernat(e) VII/51

Ganztätig arbeitende Schulen; Nachmeldung Schuljahr 2018/19

Anlage/n siehe Seite 3

Bericht zum Beschluss Nr. vom

Stellungnahmen

Personal- und Organisationsamt	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
Kämmerei	reine Personalvorlage <input type="radio"/>	→ s. unten <input checked="" type="radio"/>
Rechtsamt	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
Umweltamt: Umweltprüfung	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
Frauenbeauftragte nach - dem HGIG	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
- der HGO	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
Straßenverkehrsbehörde	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
Projekt-/Bauinvestitionscontrolling	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
Sonstige:	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>

Beratungsfolge

DL-Nr.

(wird von Amt 16 ausgefüllt)

a)	Ortsbeirat	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
	Kommission	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
	Ausländerbeirat	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
b)	Seniorenbeirat	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
	Magistrat	Tagesordnung A <input checked="" type="radio"/>	Tagesordnung B <input type="radio"/>
	Eingangsstempel Büro des Magistrats	Umdruck nur für Magistratsmitglieder <input type="checkbox"/>	
	Stadtverordnetenversammlung	nicht erforderlich <input type="radio"/>	erforderlich <input checked="" type="radio"/>
	Ausschuss	öffentlich <input checked="" type="radio"/>	nicht öffentlich <input type="radio"/>
	Eingangsstempel Amt 16	<input checked="" type="checkbox"/> wird im Internet/PIWI veröffentlicht	

Bestätigung Dezernent/in

Manjura

Stadtrat

Vermerk Kämmerei

Wiesbaden,

- Stellungnahme nicht erforderlich
 Die Vorlage erfüllt die haushaltsrechtlichen Voraussetzungen.
 → siehe gesonderte Stellungnahme

 Imholz
 Stadtkämmerer

A Finanzielle Auswirkungen

Mit der antragsgemäßen Entscheidung sind **keine** finanziellen Auswirkungen verbunden.
 finanzielle Auswirkungen verbunden.
 (in diesem Fall bitte weiter ausfüllen)

I. Aktuelle Prognose Ergebnisrechnung Dezernat

HMS-Ampel rot grün Prognose Zuschussbedarf:

abs.: _____
 in %: _____

II. Aktuelle Prognose Investitionsmanagement Dezernat

Investitionscontrolling Investition Instandhaltung

Budget verfügte Ausgaben (Ist):

abs.: _____
 in %: _____

III. Übersicht finanzielle Auswirkungen der Sitzungsvorlage

Es handelt sich um Mehrkosten
 budgettechnische Umsetzung

IM	CO	Jahr	Bezeichnung	Gesamt-kosten in €	darin zusätzl. Bedarf apl/üpl in €	Finanzierung (Sperr-, Ertrag) in €	Kontierung (Objekt)	Kontierung (Konto)	Bezeichnung
Summe einmalige Kosten:									

Summe Folgekosten:									

Bei Bedarf Hinweise /Erläuterung:

B Kurzbeschreibung des Vorhabens

Die Inhalte dieses Feldes werden (außer bei vertraulichen Vorlagen, wie z. B. Disziplinarvorlagen) im Internet/Intranet veröffentlicht und dürfen den Umfang von 1200 Zeichen nicht überschreiten (soweit erforderlich: Ergänzende Erläuterungen s. Pkt. IV.; bei einigen Vorlagen (z. B. Personalvorlagen) entfallen die weiteren Ausführungen ab Pkt. I.) Es dürfen hier keine personenbezogenen Daten im Sinne des Hessischen Datenschutzgesetzes verwendet werden (Ausnahme: Einwilligungserklärung des/der Betroffenen liegt vor). Es handelt sich um ein **Pflichtfeld**.

Mit Schreiben des Hessischen Kultusministeriums vom 23.03.2018 werden der LH Wiesbaden als Schulträger weitere Stellen und Mittel zum Ausbau von ganztägigen Angeboten für das Schuljahr 2018/2019 zur Verfügung gestellt.

Anlage:

C Beschlussvorschlag:

1. Es wird zur Kenntnis genommen,
 - 1.1 dass in der Landeshauptstadt Wiesbaden zur Zeit 35 Schulen im Ganztagsprogramm des Landes sind. Dazu kommen 4 Grundschulen im Pakt für den Nachmittag.
 - 1.2 dass mit Beschluss Nr. 0137 der Stadtverordnetenversammlung vom 03.05.2018 für das Schuljahr 2018/2019 bereits ein Ausbau des ganztägigen Angebotes inkl. Pakt für den Nachmittag beschlossen wurde.
 - 1.3 dass mit Schreiben des Hessischen Kultusministeriums vom 23.03.2018 landesseitig weitere Ressourcen für den Pakt für den Nachmittag als auch die Weiterentwicklung sonstiger ganztägig arbeitender Schulen zur Verfügung gestellt werden.
 - 1.4 dass Dezernat VII/51 die unter Ziffer 2 aufgeführten Anträge der Schulen zur Fristwahrung über das Staatliche Schulamt der Landeshauptstadt Wiesbaden und des Rheingau-Taunus-Kreises dem Kultusministerium im Rahmen einer formalen Antragstellung vorgelegt hat.
2. Die fristgerechte Weiterleitung der nachfolgenden Anträge an das Hessische Kultusministerium wird bestätigt.

Schule	Schulform	Profil GT aktuell	Profil GT beantragt	Stellen und Mittel derzeit	Stellen/ Mittel Antrag
Wilhelm-Leuschner-Schule	IGS	2	2/ Erweiterung	3	1
Goetheschule	Grundschule	PfdN	PfdN Plus (Erweiterung)	2,4	2,09
Hafenschule	Grundschule	1	Profil 1/ Erweiterung	1,01	0,5
Peter-Rosegger-Schule	Grundschule	1	Profil 1/ Erweiterung	1,01	29.000 € u. 11 Std.

3. Durch die Entwicklung der Goetheschule zum Pakt Plus verbunden mit einer Anpassung der Landesressource auf 100 % entfällt der Elternbeitrag von 30 € im Modul 1 (bis 14.30 Uhr). Der Elternbeitrag im Modul 2 (14.30 Uhr inkl. 9 Wochen Ferienbetreuung) reduziert sich auf 37,50 €. Der entsprechende Beschlusspunkt 2 aus Beschl. Nr. 0218 der Stadtverordnetenversammlung vom 14. Juli 2016 wird damit an dieser Schule nicht mehr umgesetzt.

4. D Begründung:

Die Kontinuität im Ausbau von ganztägigen Angeboten an Schulen der Landeshauptstadt Wiesbaden wird sichergestellt. Zu beachten ist allerdings, dass zum Schuljahr 2018/19 nicht die gesamte zur Verfügung stehende Landesressource in Anspruch genommen wird. Dies liegt zum einen an der zögerlichen Teilnahme weiterer Grundschulen am Pakt für den Nachmittag bzw. am Ganztagsprofil 3 (siehe dazu auch Bericht zur Pilotphase Pakt für den Nachmittag; SV 17-V-51-0038). Zum anderen sind die aktuellen Entwicklungsmöglichkeiten an den weiterführenden Schulen ausgeschöpft. Einzelne Schulen befinden sich auf dem Weg, die notwendigen konzeptionellen Entwicklungen brauchen noch etwas Zeit, räumliche/bauliche Rahmenbedingungen werden sukzessive umgesetzt.

Die Schulen im Einzelnen:

Grundschulen; Erweiterungen im Profil und Pakt für den Nachmittag

Die **Goetheschule** möchte eine konsequente Weiterentwicklung des Paktes für den Nachmittag zum „Pakt Plus“. Dieses Wiesbadener Modell stellt eine Erweiterung des Paktes für den Nachmittag dar, insbesondere durch die Erhöhung der Landesressource auf rechnerisch 100 % und bringt eine ganze Reihe von gewünschten Effekten. Frühestens mit dem Beginn des Schuljahres 2019/20 soll mindestens eine Klasse als gebundenes Angebot in den Pakt für den Nachmittag gehen. Pro Schuljahr kommt dann ein weiterer Jahrgang dazu, jeweils eine Klasse je Jahrgang bleibt freiwillig. In der Endstufe ist dann ein Jahrgang gebunden, ein Jahrgang freiwillig.

- Keine Elternbeiträge, nur noch für ein optionales Ferienangebot.
- Damit höhere Akzeptanz und weniger Verwaltungsaufwand.
- Teilgebundenes Angebot, damit Rhythmisierung des Unterrichtes.
- Nur noch ein Träger = JJ e. V.
- BGS leistet Schulsozialarbeit.

An **Hafenschule** und **Peter-Rosegger-Schule** sind Erweiterungen im bisherigen Profil 1 notwendig. Profil 1 des Landesprogramms sichert bisher ein freiwilliges und für die Eltern kostenfreies Angebot an drei Tagen/Woche bis 14.30 Uhr - mit der Erweiterung wird das schulische Angebot auf 5 Tage/Woche bis 14.30 Uhr ausgedehnt. Damit wird eine tageweise Zubuchung als Ergänzung im Profil 1 wie bisher ab 01.08.2018 nicht mehr nötig.

An der **Peter-Rosegger-Schule** wird zum Schuljahr 2018/19 das Profil 1 erweitert. Ab dem Schuljahr 2019/20 geht die Schule in den „Pakt Plus“ mit der Teilgebundenheit eines Jahrganges. Ein entsprechender Beschluss der Gesamtkonferenz liegt vor. Zusätzlich notwendig für den Übergang sind 29.000 € in Mitteln und 11 Lehrerstunden für den offenen Beginn.

Die **Hafenschule** beantragt ebenfalls eine Erweiterung des Profil 1 zum Schuljahr 2018/2019. Für die Schule haben die Planungen für einen Neubau begonnen, der auch mit der teilgebundenen Weiterentwicklung des pädagogischen Konzeptes einhergehen wird. Das Kollegium hat ernsthaft die Absicht erklärt, sich hierbei auch mit der Weiterentwicklung des Ganztags auseinanderzusetzen und dies in die konzeptionelle Entwicklung einzubeziehen. Wegen der baulichen Gegebenheiten derzeit, Schule und Betreuung an zwei Standorten mit ca. 300 m Entfernung, wird die Umsetzung des neuen Konzeptes erst mit Bezug des Neubaus möglich sein. Ein entsprechender Beschluss der Gesamtkonferenz liegt vor.

Weiterführende Schulen

Die **Wilhelm-Leuschner-Schule** befindet sich auf dem Weg der Weiterentwicklung ihres ganztägigen Angebotes in Richtung Profil 3. Es ist inhaltlich sinnvoll, diesen konzeptionellen Weg zu unterstützen. Mit einer zusätzlichen Ressource wird der Schule die Möglichkeit gegeben, das gut gestaltete ganztägige Angebot im Profil 2 insbesondere auch dem Jahrgang 7 anzubieten. Die Nachfrage hierzu ist groß. Parallel laufen die Planungen zur Verbesserung der Küchen- und

Mensasituation, so dass auch hier die kontinuierliche Weiterentwicklung der Schule gesichert ist. In Abstimmung mit dem Staatlichen Schulamt ist eine weitere Stelle sinnvoll und notwendig.

I. Auswirkungen der Sitzungsvorlage

(Angaben zu Zielen, Zielgruppen, Wirkungen/Messgrößen, Quantität, Qualität, Auswirkungen im Konzern auf andere Bereiche, Zeitplan, Erfolgskontrolle)

II. Demografische Entwicklung

(Hier ist zu berücksichtigen, wie sich die Altersstruktur der Zielgruppe zusammensetzt, ob sie sich ändert und welche Auswirkungen es auf Ziele hat. Indikatoren des Demografischen Wandels sind: Familiengründung, Geburten, Alterung, Lebenserwartung, Zuwanderung, Heterogenisierung, Haushalts- und Lebensformen)

III. Umsetzung Barrierefreiheit

(Barrierefreiheit nach DIN 18024 (Fortschreibung DIN 18040) stellt sicher, dass behinderte Menschen alle Lebensbereiche ohne besondere Erschwernisse und generell ohne fremde Hilfe nutzen können. Hierbei ist insbesondere auf die barrierefreie Zugänglichkeit und Nutzung zu achten bei der Erschließung von Gebäuden und des öffentlichen Raumes durch stufenlose Zugänge, rollstuhlgerechte Aufzüge, ausreichende Bewegungsflächen, rollstuhlgerechte Bodenbeläge, Behindertenparkplätze, WC nach DIN 18024, Verbreitung von Informationen unter der Beachtung der Erfordernisse von seh- und hörbehinderten Menschen)

IV. Ergänzende Erläuterungen

(Bei Bedarf können hier weitere inhaltliche Informationen zur Sitzungsvorlage dargelegt werden.)

Mit dem Ganztagserschulprogramm 2018/2019 legt die Landesregierung den Schwerpunkt zwar weiterhin auf den Ausbau der quantitativen und qualitativen Entwicklung ganztägiger Angebote an Grundschulen im Rahmen des Paktes für den Nachmittag. Darüber hinaus wird jedoch der Schulträger aufgefordert, Vorschläge auch zum weiteren Ausbau der ganztägigen Angebote an weiterführenden Schulen vorzulegen. Dies ist sehr im Sinne der Schulentwicklungsplanung der LH Wiesbaden. Gemeinsam mit dem Staatlichen Schulamt der Landeshauptstadt Wiesbaden und des Rheingau-Taunus-Kreises werden auch weiterführende Schulen in der Weiterentwicklung ihres ganztägigen Angebotes beraten und entsprechende Anträge werden auch für die Folgejahre erwartet.

Die Schulen, die mit Beschlusspunkt 2 in eine Erweiterung ihres bisherigen Profils einsteigen, orientieren sich mit ihrem Antrag und ihrem pädagogischen Konzept an den Qualitätskriterien der Richtlinie für ganztägig arbeitende Schulen nach § 15 Hessisches Schulgesetz.

V. Geprüfte Alternativen

(Hier sind die Alternativen darzustellen, welche zwar geprüft wurden, aber nicht zum Zuge kommen sollen.)

Wiesbaden, 31. Juli 2018

5109 Klump (22 12 kl)

51.4 dezentrale
Steuerungsunterstützung
(42 61 bu)

Manjura
Stadtrat